

Kreisblatt für den Kreis Gießen.

Nr. 170

29. Dezember

1916

Bekanntmachung.

Betr.: Die Ersparnis von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln.
Vom 11. Dezember 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 827) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Jede Art von Lichtreklame ist verboten. Als Lichtreklame gilt auch die Erleuchtung der Aufschriften von Namen, Firmen, Bezeichnungen usw. an Läden, Geschäftshäusern, Gast-, Speise- und Schankwirtschaften, Cafés, Theatern, Lichtspielhäusern, wie überhaupt an sämtlichen Vergnügungsräumen.

§ 2. Alle offenen Verkaufsstellen sind um 7. Samstags um 8 Uhr abends zu schließen. Ausgenommen sind nur Apotheken und Verkaufsstellen, in denen der Verkauf von Lebensmitteln oder von Zeitungen als der Haupterwerbszweig betrieben wird.

§ 3. Gast-, Speise- und Schankwirtschaften, Cafés, Theater, Lichtspielhäuser, Räume, in denen Schaustellungen stattfinden, sowie öffentliche Vergnügungsräume aller Art sind um 10 Uhr abends zu schließen. Das gleiche gilt von Vereins- und Gesellschaftsräumen, in denen Speisen oder Getränke verabreicht werden.

Die Landeszentralbehörden und die von ihnen beauftragten Behörden werden erwärmt, für bestimmte Bezirke oder Betriebe und in Einzelfällen eine spätere Schließung, jedoch nicht über 11½ Uhr abends zu gestatten.

§ 4. Die Beleuchtung der Schaufenster, der Läden und der sonstigen zum Verkauf an das Publikum bestimmten Räume ist auf das unbedingt erforderliche Maß einzuschränken. Das gleiche gilt für Gast-, Speise- und Schankwirtschaften, Cafés, Theater, Lichtspielhäuser, Räume, in denen Schaustellungen stattfinden, sowie für öffentliche Vergnügungsräume aller Art. Die Polizeibehörden sind berechtigt, die erforderlichen Anordnungen zu treffen.

Die Außenbeleuchtung von Schaufenstern und von Gebäuden zu gewerblichen Zwecken ist verboten. Ausnahmen können von den Polizeibehörden zugelassen werden. Die Bestimmung in Abs. 1 Satz 1 hat hierbei Anwendung zu finden.

§ 5. Die Beleuchtung der öffentlichen Straßen und Plätze ist bis auf das zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit notwendige Maß einzuschränken.

Die Polizeibehörden sind berechtigt, die erforderlichen Anordnungen zu treffen.

§ 6. Die elektrischen Straßenbahnen und Straßenbahnähnlichen Kleinbahnen haben ihren Betrieb soweit einzuschränken, wie es sich irgend mit den Verkehrsverhältnissen vereinbaren läßt.

Die Aufsichtsbehörden können die entsprechenden Anordnungen treffen.

§ 7. Die dauernde Beleuchtung der gemeinsamen Saalflure und Treppen in Wohngebäuden ist nach 9 Uhr abends verboten. Die zuständigen Polizeibehörden sind berechtigt, Ausnahmen zu gestatten.

§ 8. Wer den Vorschriften der §§ 1 bis 3, § 4, Abs. 2 Satz 1, § 7 oder den auf Grund des § 4 Abs. 1, der §§ 5, 6 getroffenen Anordnungen zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit Haft oder mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft.

§ 9. Diese Verordnung tritt mit dem 15. Dezember 1916, die Vorschrift im § 2 jedoch mit dem 1. Januar 1917 in Kraft. Der Reichslanzler bestimmt den Tag ihres Außerkrafttretens.

Berlin, den 11. Dezember 1916.

Der Stellvertreter des Reichslanzlers.

Dr. Seiffert.

An den Oberbürgermeister zu Gießen, die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises, Großh. Polizeiamt Gießen und die Großh. Gendarmerie des Kreises.

Vorstehende Bekanntmachung ist ortsüblich zu veröffentlichen und der Befehl ist zu übergeben. Großh. Ministerium des Innern hat dazu noch folgendes bemerkt:

Nach § 1 der Verordnung ist jede Art von Lichtreklame verboten. Durch § 2 wird der Siebenblatenschild, an Sonnabenden der Naturblatenschild angeordnet. Das Nähere ist aus den Vorschriften zu entnehmen. Den Ortspolizeibehörden wird die strenge Durchführung dieser Vorschriften zur besonderen Pflicht gemacht. § 2 tritt erst am 1. Januar 1917 (zu vergl. § 9) in Kraft.

Zu § 3 wird zunächst auf die von Großh. Ministerium des Innern erlassene Ausführungs-Bekanntmachung vom 15. 12. 16 (Kreisblatt Nr. 164) verwiesen. Daß die Durchführung der Vorschriften des § 3 von den Polizeibehörden mit der gleichen Sorgfalt, wie die der §§ 1, 2 zu überwachen ist, versteht sich von selbst.

Durch § 4 Abs. 1 Satz 3 sind die Polizeibehörden berechtigt, die zur Durchführung von Satz 1 und 2 a. a. O. erforderlichen Anordnungen zu treffen. Es wird zunächst zu verordnen sein, auf die Inhaber der Läden, der Gast-, Speise- und Schankwirtschaften,

Cafés, Theater und dergl. — gegebenenfalls durch Vermittelung der Großh. Handelskammern und der Berufsvereinigungen — dahin einzuwirken, daß die von dieser Vorschrift betroffenen Kreise den Anforderungen der Bundesratsverordnung von selbst Rechnung tragen, so daß ein Erlaß polizeilicher Anordnungen nach Satz 3 überhaupt nicht oder nur vereinzelt erforderlich wird. Ob und inwieweit ein solches Einschreiten im Einzelfall geboten erscheint, muß der Beurteilung des einzelnen Falles überlassen bleiben. Größere Mißstände sind uns zu melden.

Zu Abs. 2 a. a. O. wird bemerkt, daß Ausnahmen nur bei Vorliegen eines nachgewiesenen Bedürfnisses zu bewilligen sind.

Auf die Vorschrift des § 5 der Verordnung werden die Gemeinden besonders hingewiesen; es wird ihnen zunächst überlassen, das Erforderliche zu veranlassen. Die Polizeibehörden werden in der Regel vor Erlaß von Anordnungen nach Abs. 2 sich mit den in Betracht kommenden Gemeinden in Verbindung setzen.

Wegen der Durchführung von § 6 sind die erforderlichen Verhandlungen mit Großh. Ministerium der Finanzen, Abteilung für Finanzwirtschaft und Eisenbahnenwesen, eingeleitet.

Der Durchführung von § 7 werden die Polizeibehörden gleichfalls ihre Aufmerksamkeit zu schenken haben. Ausnahmen nach Abs. 2 sind nur bei hinreichender Begründung zuzulassen.

Gießen, den 27. Dezember 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Betr.: Freigabe von Spargel- und Erbsenkonserven.
An den Oberbürgermeister zu Gießen, das Großh. Polizeiamt Gießen und an die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Nachstehende Bekanntmachung ist alsbald ortsüblich zu veröffentlichen.

Wir weisen Sie an, die Einhaltung der darin angeordneten Beschränkungen genau zu kontrollieren und gegen Mißbräuche einzuschreiten. Der Verkauf der betr. Konserven darf erst beginnen, nachdem die unter § 2 unserer Bekanntmachung verlangte Bestandsaufnahme bei der zuständigen Polizeibehörde vorgelegt worden ist.

Gießen, den 27. Dezember 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Bekanntmachung.

Auf Anordnung des Kriegs Ernährungsamtes wird für die Zeit bis zum 10. Januar 1917 der Verkauf von 1/3 der bei den Händlern vorhandenen Vorräte an Spargel- und Erbsenkonserven unter folgenden Einschränkungen freigegeben:

1. Die Freigabe erstreckt sich nur auf die Konserven, die bereits an den Groß- und Kleinhandel verhandelt sind. Für die Hersteller bleibt das Abgabeverbot bestehen.
2. Die Freigabe beschränkt sich auf 20 Prozent des bei dem einzelnen Händler am 20. Dezember 1916 vorhandenen Vorrats. Jeder Händler hat zur Vorbereitung der späteren Kontrolle alsbald eine Bestandsaufnahme anzufertigen und der Polizeibehörde seines Betriebes vorzulegen.
3. Es dürfen an einzelne Personen nicht mehr als täglich zwei Normalportionen verkauft werden.
4. Inwiderhandlungen unterliegen der Strafvorschrift im § 9 der Verordnung über die Verarbeitung von Gemüse vom 5. August 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 914).

Für den Abgab der weiteren 1/3 der Vorräte bleiben nähere Bestimmungen vorbehalten.

Gießen, den 27. Dezember 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Kriegerehrungen.

Im Einvernehmen mit den übrigen Ministerien ist die Ministerialabteilung für Bannwesen hier, Rathidenplan 20, mit Beteiligung der Geschäfte einer Staatlichen Beratungsgesellschaft für Kriegerehrungen beauftragt worden. Bei Vollzug dieses Auftrags wird sich die Ministerialabteilung für Bannwesen gegebenenfalls mit weiteren Sachverständigen und Künstlern in Verbindung setzen und sie zur Begutachtung und sonstigen Mitarbeit heranziehen.

Die Beratungsgesellschaft soll den für das Großherzogtum in Betracht kommenden Militär- und Zivilbehörden und Privaten auf Wunsch in allen die künstlerisch einwandfreie Gestaltung der Kriegerehrungen und sonstigen Kriegerehrungen betreffenden Fragen beratend zur Seite stehen.

Kosten verursacht ihre Inanspruchnahme nicht.

Darmstadt, den 13. Dezember 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

v. Domboldt.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 2 der Kaiserlichen Verordnungen vom 31. Juli 1914, betreffend das Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von:

1. Waffen, Munition, Pulver und Sprengstoffen, sowie von anderen Artikeln des Kriegsbedarfs und von Gegenständen, die zur Verfertigung von Kriegsbedarfsartikeln dienen;
2. Rohstoffen, die bei der Herstellung und dem Vertrieb von Gegenständen des Kriegsbedarfs zur Verwendung gelangen, bringe ich nachstehendes zur öffentlichen Kenntnis:

I. Es wird verboten die Ausfuhr und Durchfuhr sämtlicher Waren des 5. Abschnitts des Zolltarifs (Tierische und pflanzliche Erzeugnisse und Waren daraus; Menschenhaare; zugerichtete Schmuckfedern, Fächer und Hüte) einschließlich der Gespinste, Gewebe und Tücher aus Textilien, Textilien.

II. Diese Bekanntmachung tritt an die Stelle aller seither auf Grund der eingangs genannten Kaiserlichen Verordnungen erlassenen Bekanntmachungen, insoweit sie Waren des 5. Abschnitts des Zolltarifs zum Gegenstande haben.

III. Die Ausfuhr der unter I genannten Waren im Veredelungsverkehr (Eigen- und Lohnveredelung) ist gestattet, außer für Stoffe, die zu Verbandszwecken geeignet sind.

IV. Das Verbot unter I erstreckt sich nicht auf folgende Waren:

Aus Unterabschnitt A.	Ausfuhrnummern des Statistischen Warenverzeichnisses:
Seide	
Rohseide vom Maulbeerspinner	391 a, 392a
Rohseide in Verbindung mit anderen Gespinsten, als Wolle, Baumwolle oder Ramie	aus 393
Florsettschleifengespinste	398 a—c
Seidenzwirn aller Art in Aufmachungen für den Einzelverkauf mit Ausnahme der chirurgischen Nähseide	aus 399
Rohseide, künstliche Seide und Florsettschleifengespinste, in Verbindung (jedoch nicht umwunden) mit Metallfäden (Traht oder Zahn)	400
dichte, ungemusterte taftbindige Gewebe, ganz aus Seide des Maulbeerspinners, beiderseitig mit festen Ranten gewebt (Pongees)	401
dichte Gewebe für Möbel- und Zimmerausstattung, ganz oder teilweise aus Seide	402—403
Sammet und Plüsch, sammet- und plüschartige Gewebe ganz oder teilweise aus Seide	404 a—b
andere dichte Gewebe, ganz oder teilweise aus Seide, außer Kartuschbeutelzeug (Pulvertuch) und Ausbrenn-(Aeg-)Stoff	aus 405 a—b
Tüll, ganz oder teilweise aus Seide	406
Beuteltuch, ganz oder teilweise aus Seide (Müllergaze)	407
Gaze, Krepp, Flor und dergleichen unlichte Gewebe, ganz oder teilweise aus Seide, außer Kartuschbeutelzeug (Pulvertuch) und Ausbrenn-(Aeg-)Stoff	aus 408
Handschuhe und andere Wirkwaren, Wirk- und ungewirkte, aus Seide	409 a—b
Spinnstoffe und Spinnen aller Art, einschließlich der Einfaschspinnen, Ranten und abgepackten Waren aus Spinnen oder Spinnstoffen, ganz oder teilweise aus Seide	410
Stidereien auf Grundstoffen, ganz oder teilweise aus Seide	411
Posamentierwaren (Besätze, Bänder, Kordeln, Risen, Schnüre u. dergl.) aus Seide; nach Art der sogenannten Baumwollensparterie hergestellte Waren, mit Ausnahme der breiten Biscabandchen aus Kunstseide (die wie schmale der Nr. 394 dem Verbot unterliegen); Chenille	aus 412 a
Knopfmacherwaren, auch mit Unterlagen oder Einlagen von Holz, Bein, Horn, Leder, Eisen	aus 412 b
bunte Jacquardwäscheborten, Grätenstücke und Barmer Bögen, aus Baumwolle mit künstlicher Seide	verschieden.
Aus Unterabschnitt B.	
Wolle und andere Tierhaare (mit Ausnahme der Biberhaare aus der Mähne und dem Schweife)	
Spinnen aller Art, einschließlich der Einfaschspinnen, Ranten und abgepackten Waren aus Spinnen; Tüll	aus 436

Ausfuhrnummern
des Statistischen
Warenverzeichnisses:

Aus Unterabschnitt C.

Baumwolle.

Spinnen aller Art, einschließlich der Einfaschspinnen, Ranten und abgepackten Waren aus Spinnen aus 464 a—c
bunte Jacquardwäscheborten, Grätenstücke und Barmer Bögen verschieden.

Aus Unterabschnitt D.

Andere pflanzliche Spinnstoffe.

Spinnen aller Art, einschließlich der Einfaschspinnen, Ranten und abgepackten Waren aus Spinnen aus 501

Aus Unterabschnitt H.

Meider, Bugwaren und sonstige genähte Gegenstände aus Gespinntwaren oder Filzen, anderweit nicht genannt.

Aus Seide (ganz oder teilweise):
Frauenkleider (Mäntel und Meider) 517 a
Mädchenkleider (Mäntel und Meider),
Mäusen, Schürzen, Unterröcke 517 b
Meider (Korsetts, Leibchen usw.) 517 c
Bugwaren und sonstige genähte Gegenstände, anderweit nicht genannt 517 d
Perltaschen, Perltaschen, aus Glasperlen und Baumwolle aus 519 g

Aus Unterabschnitt J.

Künstliche Blumen aus Gespinntwaren, Regen- und Sonnenschirme, Schuhe aus Gespinntwaren oder Filzen.

Blumen (Blüten, Blütenblätter, Knospen), fertige aus Gespinntwaren oder Gespinnten, auch aus Filz oder Watte, allein oder in Verbindung mit anderen Stoffen, auch in fester Verbindung mit anderen Gegenständen oder unter Glas und Rahmen; Bestandteile solcher künstlichen Blumen, z. B. einzelne Blätter, Stiele, Staubfäden, Samenkapseln, Früchte usw., ohne Verbindung untereinander; auch sogen. Stoffschlänche zu Stielen 523

Regen- und Sonnenschirme aus reiner Seide aus 525

Aus Unterabschnitt K.

Menschenhaare und Waren daraus, zugerichtete Schmuckfedern, Fächer und Hüte.

Schmuckfedern, zugerichtet (zubereitet):
Straussfedern 531 a
Reihersfedern 531 b
andere Federn; auch Vogelbälge, Köpfe, Flügel und andere Teile von Vögeln zum Schmuck von Hüten oder dergleichen zugerichtet 531 c
Fächer 532
Hüte, außer Hutstumpen 533—535
537—539, 541

V. Die Ausfuhr von Umschließungen aus Jute, Baumwollengewebe, Textilien, Textilien ist ohne besondere Ausfuhrbewilligung gestattet, wenn ihre Wiedereinfuhr in das Reichsgebiet nach ihrer Entleerung im Auslande sichergestellt wird.

VI. Wegen der unter den 5. Abschnitt des Zolltarifs fallenden Uniformstücke, Heeresausstattungsstücke und als solche erkennbaren Teile von solchen bewendet es bei den Bestimmungen der Bekanntmachung vom 24. November 1914 (Reichsanzeiger Nr. 277).

VII. Wegen der unter den 5. Abschnitt des Zolltarifs fallenden Verbandmittel und sonstigen Gegenstände zur Verhütung und Behandlung von Krankheiten, Leiden und Körperverletzungen bewendet es bei den Bestimmungen der Bekanntmachung vom 1. September 1916 (Reichsanzeiger Nr. 206).

VIII. Die dem Ausfuhrverbote durch die vorstehenden Bestimmungen unterstellten, bisher zur Ausfuhr nicht verbotenen Gegenstände sind zur Ausfuhr freizulassen, soweit sie bis zum 18. Dezember 1916 zum Versand aufgegeben sind.

Berlin, den 14. Dezember 1916.

Der Reichskanzler.

Im Auftrage: Müller.

Betr.: Pflegekinder unter sechs Jahren.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Dieserjenige von Ihnen, die unsere Verfügung vom 6. November 1916 (Kreisblatt Nr. 144 vom 10. November 1916) noch nicht erlangt haben, werden an die Einsendung der Berichte erinnert.

Gießen, den 21. Dezember 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B. Langemann.